

STEUERABKOMMEN

Schweiz-Deal erst nach der Wahl

Auch wenn sich die Schweiz neuerdings wieder verhandlungsbereit zeigt, will die SPD erst nach der Bundestagswahl einen erneuten Anlauf für ein Abkommen mit der Alpenrepublik unternehmen. „Es ist unwahrscheinlich, ein so komplexes Problem während des deutschen Wahlkampfes zu lösen“, sagt der rheinland-pfälzische Finanzminister Carsten Kühl. „Sobald die Bundestagswahl gelaufen ist, sollten wir das Thema aber möglichst rasch angehen.“ Ähnlich äußert sich Nordrhein-Westfalens Finanzminister Norbert Walter-Borjans: „Es geht nicht um Schnelligkeit, sondern um Gründlichkeit. Das Ziel muss sein, wirklich alle Steuerschlupflöcher zu schließen und für eine gerechte Besteuerung zu sorgen.“ Darum müsse ein neues Steuerabkommen etwa auch Stiftungen umfassen. Kühl und Walter-Borjans fordern für den Fall von Neuverhandlungen, dass die Schweiz einem automatischen Informationsaustausch zustimmt. Entscheidend sei, so Kühl, dass die Behörden über die Kapitalerträge von deutschen Anlegern möglichst umfassend informiert würden. Die Schweiz war zuletzt unter Druck geraten, ihr Bankgeheimnis endgültig aufzugeben, nachdem sich Luxemburg und Österreich zu entsprechenden Verhandlungen mit der EU bereit erklärt hatten. Auch die Steueraffäre um den Präsidenten von Bayern München, Uli Hoeneß, hatte die Debatte befeuert.



KAISER / CARO



Zerstörter Reisebus in Burgas 2012

SICHERHEITSPOLITIK

Sanktionen gegen die Hisbollah?

Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) will schärfer gegen die libanesische Hisbollah („Partei Gottes“) vorgehen. In einem Brief an seine Amtskollegen in Zypern und Bulgarien bat der Minister um belastbare Hinweise, die zu einer Aufnahme der schiitischen Organisation auf die EU-Liste von Terrorgruppen führen können. Sollten entsprechende Fakten vorliegen, so Friedrich, stehe „die Bundesregierung einer EU-Listung positiv gegenüber“. Damit würde Funktionären der Hisbollah das Reisen erheblich erschwert, und Gelder könnten eingefroren werden. Die seit 1992 im libanesischen Parlament vertretene Organisation wird verdächtigt, hinter einem Anschlag auf einen Bus mit israelischen Urlaubern im bulgarischen Burgas zu stehen, bei dem im vergangenen Sommer sieben Menschen getötet worden waren, darunter der Attentäter. In Zypern wurde ein Hisbollah-Sympathisant unlängst verurteilt, weil er Vorbereitungen für einen Anschlag unternommen haben soll. Vergangene Woche sprach Friedrich das Thema auch bei seinem Treffen mit der amerikanischen Heimatschutzministerin Janet Napolitano in Washington an: Er unterstütze Sanktionen gegen die Hisbollah, wenn die Fakten eine Verwicklung in Terrorhandlungen in Europa belegten. Die US-Regierung drängt auf ein härteres Vorgehen gegen die einstige Miliz, die zeitweilig Teil der libanesischen Regierung war. In Deutschland leben nach Schätzung der Sicherheitsbehörden etwa 950 Hisbollah-Anhänger, denen allerdings keine Verwicklungen in militante Aktivitäten nachzuweisen sind.

NIEDERLANDE



Ajax Amsterdam

1995

1996

PORTUGAL



FC Porto

2004

FRANKREICH



AS Monaco



Olympique Marseille

1993

2004

DER SPIEGEL